

WNKUWG klagt weiter über Unkraut in der Stadt

WERMELSKIRCHEN (gt) Schön grün ist es für die Einen, lästiges Unkraut für die Anderen: Je nach Betrachtungswinkel ärgert oder erfreut die Bürger das sprießende sommerliche Grün. Norbert Kellner von der WNKUWG nimmt sich jetzt in einem Antrag an den Bürgermeister aber des „lästigen Grüns“ an und klagt über „den katastrophalen Zustand“ städtischer Grünflächen in seinem Wahlkreis im „Musiker-Viertel“. Dies belegt Kellner mit Fotografien, unter anderem von dem Unkraut, das auf dem Grünstreifen vor der Pestalozzischule ins Kraut schießt. Auch an Mozartstraße und Robert-Stolz-Straße hätten sich Anwohner über „ein armseliges Erscheinungsbild“ beklagt. Kellner kritisiert darüber hinaus, dass die ganze Stadt gegenwärtig so aussehe und fragt bei der Verwaltung nach einem Konzept zur Verbesserung dieser Situation.

WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse unterstützt Kellners Antrag und begründet diesen auf Nachfrage der BM: „Es geht uns nicht darum, auf den Bauhof einzuprügeln, aber wir verfolgen das Thema seit vier bis fünf Jahren“, sagt Rehse. Er wisse sehr wohl, dass das Sparpaket vom Rat verabschiedet worden sei, das nur noch ein zweimaliges Mähen pro Jahr der städtischen Grünflächen vorsehe. Und er wisse auch, dass die Grünstreifen erst wieder im Herbst gemäht werden. Ihm sei außerdem bekannt, dass die Bürger immer wieder zur Übernahme von Pflegepartnerschaften für städtische



Unkraut sprießt vor der Pestalozzischule.

FOTO: NORBERT KELLNER

BM 02.08

Grünanlagen aufgerufen werden: „Das ist auch alles richtig, uns geht es aber um etwas anderes“, sagt Rehse. Seit Jahren fordere WNKUWG nämlich die Aufstellung eines Grünflächenkasters von der Stadtverwaltung ein: „Wir wollen eine komplette Aufstellung der Grünflächen, um Pflegestufen festzulegen und dann entscheiden zu können, was sich die Stadt leisten kann und will“, verdeutlicht Rehse.

Das sei aber neuerlich erst wieder im Fachausschuss von Dezernent Dr. André Benedict Prusa lapidar abgelehnt worden. Rehse sagt aber: „Wir geben uns nicht mit der Antwort zufrieden, die Stadtverwaltung habe keine Zeit, ein Grünflächenkataster aufzustellen und es gebe auch keinen Bedarf dafür.“ Und deshalb werde WNKUWG auch weiterhin auf ungepflegte Grünflächen hinweisen, bis es ein Kataster geben werde.

„Es darf durch Radfahrer keine Gefährdung geben“

TELEGRAFENSTRASSE Rüdiger Bornhold fordert, RP nicht als Drohkulisse zu missbrauchen. *WGA C.8.*

Den Ausführungen des hiesigen ADFC-Vorsitzenden Frank Schopphoff zum Radverkehr in der Telegrafienstraße („Gegenläufiger Radverkehr ist ein Muss; WGA; 4. August) widerspricht Rüdiger Bornhold (WNK UWG): „Es wäre der Klarheit und Wahrheit zuträglich, wenn

Venezia „unzweifelhaft und für jedermann sichtbar vorhanden“ findet Bornhold. Insbesondere die RVK hätten dies im Hinblick auf den Busverkehr dort unlängst noch öffentlich erklärt. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich im Rat der Stadt eine Mehrheit findet, die die Telegrafienstraße in diesem Bereich umbaut, dem Eiscafé und gegenüberliegenden Restaurant Plätze wegnimmt oder den Busverkehr auf der Telegrafienstraße einstellt, nur damit ein paar Radfahrer ihrer Lieblingsbeschäftigung, gegenläufig zur Einbahnstraße zu fahren, nachgehen können, insbesondere wo es genügend Alternativen gibt, die Stadt anderweitig in West-Ost-Richtung zu passieren“, kontert Bornhold.

Er fordert Schopphoff auf, die Bezirksregierung nicht „als Drohkulisse zu missbrauchen“. Die allein entscheidende Aussage der Bezirksregierung sei, dass man klare Aussagen erst nach Darstellung eines eventuell veränderten Verkehrskonzeptes machen würde. Bornhold hält fest: „Als Regionalrats-Mitglied stehe ich in diesen Fragen im ständigen Kontakt mit der Bezirksregierung und weiß, dass da vernünftig denkende Mitarbeiter sitzen.“ *red*



Schopphoff nicht verschweigen würde, dass das Urteil des Verwaltungsgerichts Gießen im Allgemeinen und die Stellungnahme der Bezirksregierung (RP) Köln im Besonderen den Vorbehalt machen, dass es durch den gegenläufigen Radverkehr nicht zur Gefährdung kommen darf.“

Diese sei insbesondere im Teilstück der Telegrafienstraße zwischen Sparkasse und Eiscafé

BM

04.08.

WNKUWG widerspricht Weiks positiver Sicht

WERMELSKIRCHEN (BM) Die WNKUWG-Politiker Hermann Opitz und Klaus Hake nehmen jetzt Anstoß an der positiven Beurteilung der Stadtentwicklung durch den Bürgermeister in der Berichterstattung der BM. „Die Lageschreibung des Bürgermeisters stellt nur seine Sichtweise dar und sollte nicht darüber hinweg täuschen, dass die Dinge in Wermelskirchen längst nicht so positiv laufen, wie sie der Bürgermeister darstellt“, schreiben beide in einer Stellungnahme. Kaufhaus-Investor Ger-

hard Uhle fordern sie auf, er möge seinen Ankündigungen, Verlautbarungen, Treffen, Informationsveranstaltungen für das Einkaufszentrum jetzt auch den Abriss der Altimmoblie und den Baubeginn des Neubaus folgen lassen.

Sichtbare Geschäftsleerstände gebe es allein deshalb nicht, weil eine nicht unerhebliche Zahl von Ladenlokalen als Ausstellungsflächen anderer Läden genutzt würden, schreiben Opitz und Hake weiter und mahnen den von WNKUWG erarbeiteten Antrag „Erstellung ei-

nes gemeinsamen Konzeptes von Stadt und WiW betreffs Vermarktung der ‚Marke Wermelskirchen‘, Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing“ an.

Außerdem kritisieren die WNKUWG-Mitglieder: „Die Haltung des Bürgermeisters hinsichtlich des gegenläufigen Radverkehrs in der Telegrafienstraße und die Schlüsse, die er daraus zieht, schaden dem Wermelskirchener Einzelhandel und seinen Kunden.“ Sie fragen außerdem: „Warum verweigert der Bürgermeister den Abriss

der ehemaligen Sozialunterkunft in der Taubengasse und die Anlage von Parkplätzen auf diesem Grundstück, die die prekäre Parkplatzsituation in der unteren Innenstadt stark verbessern würde?“ Zudem habe nicht der Bürgermeister die Parkgebühren abgeschafft, sondern der Stadtrat.

Und beide monieren: „Warum ging es mit der Rathausfassade erst wieder voran, als Vertreter der WNKUWG und des BüFo mit ihrem Vier-Schrauben-Vorschlag Bewegung in die Sache brachten?“

Und zum Thema Sekundarschule stellten Hake und Opitz fest: „Hätten Bau- und Schulamt bei der Sekundarschule vertrauensvoll zusammen gearbeitet, würde es nicht mindestens ein weiteres Jahr Verzögerung geben. Wie kann es sein, dass auf der einen Seite ein Fachgremium ein allseits beachtetes und gelobtes wie auch vom Rat einstimmig beschlossenes Konzept erarbeitet, auf der anderen Seite die Bauabteilung des Rathauses scheinbar nicht eingebunden wurde, die Kosten zu ermitteln?“

WNK-UWG: Schopphoffs „verquere Vorstellungen“

Der WNK-UWG-Fraktionsvorsitzende Henning Rehse hat am Dienstagabend auf die Stellungnahme des ADFC reagiert (Seite 15) – lesen Sie Auszüge: „Herr Schopphoff hat mit seinem „perseverierenden“ („beharrlich, hartnäckig“) Verhalten und seinen Aktionen hinsichtlich der Wiederaufnahme des Bahnbetriebs dafür gesorgt, dass sich allen politischen Beschlüssen und demokratischen Mehrheiten zum Trotz der Bau der Umgehungsstraße (Anm.: richtig ist Entlastungsstraße) um Jahre verzögert hat. Das werde ich nicht noch einmal hinnehmen. Es müssen jetzt politische Beschlüsse des zuständigen Souveräns – letztlich des Rates gefasst werden, den Verkehrsversuch zu beenden. Dann werden die Schilder und Markierungen in der Telegrafienstraße umgehend entfernt, und die Sicherheit ist wiederhergestellt. Für die Führung des Radverkehrs durch die Stadt wird ein

ganzheitliches Konzept erstellt, dass prioritär die Verkehrssicherheit berücksichtigt. Die Bezirksregierung mag dann, von wem auch immer inspiriert, Berechnungen und Wertungen anstellen und ggf. Gelder zurückfordern. Dann werde ich mich dafür einsetzen, dass die Stadt dagegen klagt – durch alle Instanzen. Herr Schopphoff mag die Stadt auch verklagen, meinetwegen über das Bundesverfassungsgericht bis hin zum Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte in Den Haag. Das werden wir dann als Stadt auch durchziehen. Ich bin nicht mehr bereit hinzunehmen, dass demokratisch gefasste Beschlüsse und Mehrheiten durch diese Spielchen außer Kraft gesetzt werden. Soll doch Herr Schopphoff 2014 mit seinem ADFC für den Rat kandidieren und sich dort dann Mehrheiten für seine verquerten Vorstellungen organisieren. *W6 A 8.8.*

Rehse attackiert Schopphoff *64 9.8.*

WERMELSKIRCHEN (BM) Das Thema „Gegenläufiger Radverkehr in der Telegrafienstraße“ schlägt weiter hohe Wellen. Nach dem Frank Schopphoff gestern angekündigt hat, notfalls vor Gericht zu ziehen, falls der Verkehrsversuch gestoppt werde, bezieht nun Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNKUWG, erneut Stellung zur Thematik. „Herr Schopphoff hat mit seinem Verhalten und Aktionen hinsichtlich der Wiederaufnahme des Bahnbetriebs dafür gesorgt, dass sich allen politischen Beschlüssen und demokratischen Mehrheiten zum Trotz der Bau der Umgehungsstraße um Jahre verzögert hat“, sagt Rehse und fügt hinzu: „Das werde ich nicht noch einmal hinnehmen!“

Politische Beschlüsse fassen

Es müssten laut Rehse jetzt politische Beschlüsse der Ausschüsse und letztendlich des Rates gefasst werden, den Verkehrsversuch zu beenden. „Dann werden die Schilder und Markierungen in der Telegrafienstraße umgehend entfernt und die Sicherheit in der Telegrafienstraße ist wiederhergestellt. Für die Führung des Radverkehrs durch die Stadt wird ein ganzheitliches Konzept erstellt, das prioritär die Verkehrssicherheit berücksichtigt.“

Die Bezirksregierung möge dann Berechnungen und Wertungen an-

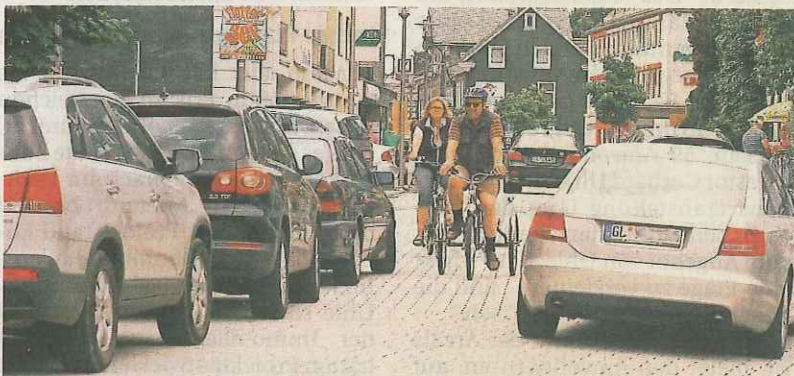
stellen und gegebenenfalls Gelder zurückfordern. „Dann werde ich mich dafür einsetzen, dass die Stadt dagegen klagt – und zwar durch alle Instanzen“, kündigt Rehse an.

Herr Schopphoff mag die Stadt auch verklagen, „meinetwegen vom Verwaltungsgericht über das Bundesverfassungsgericht bis hin zum Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte in Den Haag. Das werden wir dann als Stadt auch durchziehen“, so Rehse in seiner Stellungnahme. Er sei nicht mehr bereit hinzunehmen, dass demokratisch gefasste Beschlüsse und Mehrheiten durch „diese Spielchen“ außer Kraft gesetzt würden.

Auch Ratsmitglied Rainer Schneider (Die Linke) äußert sich

zum Thema – und stellt sich auf die Seite des WNKUWG-Fraktionsvorsitzenden. „Ich bin oftmals anderer Meinung, aber in dieser Angelegenheit sehe ich es ähnlich. Zuerst kommt die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer“, so Schneider.

Er habe zum wiederholten Male den Verkehr in der Telegrafienstraße beobachtet. „Leider musste ich feststellen, dass ein nicht geringer Anteil an Fahrradfahrern schneller fährt als die Autofahrer. Das kann es wohl auch nicht sein.“ Die letzten 20 bis 30 Meter vor dem Lochesplatz seien echt gefährlich für alle Beteiligten. Schneider: „Deshalb muss im Interesse der Sicherheit unserer Bürger eine Lösung parteiübergreifend her.“



Der gegenläufige Radverkehr in der Telegrafienstraße erhitzt weiter die Gemüter. BM-ARCHIVFOTO: HANS DÖRNER

Stellplätze nur auf dem Papier?

Für das **Neubauprojekt** an der **Taubengasse** hat der Investor mindestens neun Stellplätze „abgelöst“. Mit diesem Geld soll die **Ruine** an der Berliner Straße abgerissen und **Parkplätze** angelegt werden, fordert Henning Rehse.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN 30 000 Euro kostet der Abriss des baufälligen Gebäudes an der Ecke Taubengasse/Berliner Straße. Dort lebten bis zum Frühjahr alkoholranke Menschen. Sie sind im Gut Kenkhausen untergekommen. Henning Rehse (WNKUWG) fordert jetzt den sofortigen Abriss. Argumente der Stadtverwaltung, dafür gebe es kein Geld mehr im Haushalt und darum werde versucht, es zu verkaufen, fegt er vom Tisch. Denn: Auf seine Anfrage hin hat die Stadtverwaltung eingestanden, dass neun der 49 vorgeschriebenen Stellplätze für das neue Gebäude vertraglich mit der Stadt „abgelöst“ wurden. Das macht immerhin einen Betrag von 67 320 Euro aus. Rehse: „Wir wollen, dass mit diesem Geld neue Parkplätze dort gebaut werden.“ Denn der Stellplatzablöse-Beitrag sei für die Schaffung neuen Parkraums gedacht.

Mit dem Start des Neubauprojektes gegenüber dem Weihnachtsbaum im September 2011 begann das Parkchaos im unteren Stadtzentrum. Auf Drängen von Einzelhändlern wurden provisorisch acht Stellplätze in der Carl-Leverkus-Straße angelegt; gefordert wurde der Abriss der baufälligen Sozialunterkunft. Doch jetzt, wo sie geräumt ist, will die Stadt für den Abriss kein Geld ausgeben.

34 Stellplätze standen auf dem früheren (Privat-)Parkplatz der Allgemeinheit zur Verfügung. 17, so erfuhr Rehse jetzt von der Stadtverwaltung, waren per Baulast an die frühere Commerzbank gebunden. Wohin sind aber die „nachzuweisenden“ Parkplätze jetzt verschoben worden?, wollte Rehse von der Stadtverwaltung wissen. Die Antwort: 49 Stellplätze muss der Bauherr nachweisen, achtundzwanzig mit



Liegt auf dieser privaten **Grünfläche** an der Bahnhofstraße/Ecke Kreuzstraße hinter der Videothek die **Baulast** für acht Stellplätze des künftigen Wohn- und Geschäftshauses?
BM-FOTOS (2); HANS DÖRNER

tels Baulast auf dem Grundstück Kreuzstraße/Thomas-Mann-Straße (Videothek am Busbahnhof) gesichert, und neun wurden abgelöst. Mit diesem Rechenverfahren gibt sich der Kommunalpolitiker aber nicht zufrieden. Denn der Antwort sei nicht zu entnehmen, wo die 32 Stellplätze eingerichtet werden und ob sie öffentlich zugänglich seien für Besucher der Geschäfte oder der Bewohner.

Die wichtigste Frage für ihn ist aber: Wo befinden sich die nachgewiesenen acht Stellplätze im Bereich Kreuz-/Thomas-Mann-Straße? Denn zu diesen acht Stellplätzen kommen noch einmal sechs für die Videothek.

Stellplätze in der Kreuzstraße

Kritik übt er an der städtischen Auslegung der Landesbauordnung, die regelt, wie weit Stellplätze vom eigentlichen Grundstück entfernt sein müssen.

INFO

Der Neubau



Das Wohn- und Geschäftshaus

Baubeginn Herbst 2011

Bezug Frühjahr 2013

Geplant Wohn- und Geschäftshaus

Aufteilung 16 seniorengerechte Mietwohnungen sowie zwei bis drei Geschäfte im Erdgeschoss.

Interesse Groß

mit als Nachweis dienen dürfen. Während die Rechtsprechung von maximal 400 Metern ausgeht, hat Rehse nachgerechnet: Die fußläufige Entfernung bis zur Kreuzstraße liegt bei 500 Metern, mit dem Pkw sind es gar 550 Meter. „Wie konnten diese Stellplätze überhaupt in die Berechnung einbezogen werden?“, fragt Rehse hartnäckig nach.

Unklar sei zudem, dass in der ihm vorliegenden Berechnung von „Wohnheimen“ gesprochen werde, es sich hier aber um „16 seniorengerechte Mietwohnungen“ handle. Und Senioren seien mobil und führten in den meisten Fällen auch ein Kraftfahrzeug. Rehse: „Wir sind nicht gegen das Projekt, aber wir machen uns Sorgen um die Parkplatzsituation.“

Die Stadtverwaltung sah sich gestern nicht in der Lage, zu Rehse Fragen Position zu beziehen.

KOMMENTAR

BM
11.08.

Wenig flexibel – und sprachlos

Wissen ist Macht: Das ist bekannt. Und so müssen die Stadtverordneten immer wieder nachhaken, um Informationen zu bekommen. So bei der Diskussion um die Ruine an der Berliner Straße.

Die bisherigen Bewohner haben eine neue Bleibe – doch warum ist die Stadt nicht bereit, das Geld aus der Ablösung der Parkplätze dort einzusetzen? Wer die Situation in diesem Bereich der Stadt kennt, weiß, dass dort dringend Parkplätze geschaffen werden müssen. Der vorhandene Platz wäre ideal.

Deshalb ist es gut so, dass der Kommunalpolitiker hartnäckig am Ball bleibt und die Verwaltung vorführt. Die ist sprachlos – was in dieser Situation wenig hilft. Denn gerade jetzt sind Entscheidungen notwendig.

UDO TEIFEL

„Wohnheim“ statt Mietwohnung

NEUBAU ECKE TAUBENGASSE Antwort auf
Anfrage löst neue Anfragen aus.

NRG A
M.09

Die Stadtverwaltung schätzt die Höhe der Kosten für den Abriss des bisher für Obdachlose genutzten Schieferhauses Berliner Straße (Taubengasse) auf 30.000 Euro. Das geht aus der Antwort von Hauptamtsleiter Jürgen Scholz auf eine am 7. Juli gestellte Anfrage des WNK-UWG-Fraktionsvorsitzenden Henning Rehse hervor. Der anschließend zum Kern vorstößt:

„Wie viele Parkplätze waren ursprünglich auf dem Parkplatz Ecke Obere Remscheider Straße / Taubengasse vorhanden?“ Antwort: 28 markierte Stell- und 6 Garagenplätze.“

Wie viele davon waren Ausgleichs-Parkplätze für andere Objekte in der Stadt?“ (Anmerkung: Fehlt mir ein Stellplatz, so kann ich eine Ablöse-Summe zahlen.) Antwort: „17 Stellplätze waren als Baulast an das Objekt Telegrafenstr. 37-39 (Commerzbank) gebunden.“

„Wohin sind diese Parkplätze nun 'verschoben' worden?“ Antwort: 8 per Baulast auf das Grundstück Kreuz-/Thomas-Mann-Str. (Videothek), 9 „per Vertrag abgelöst“.

Henning Rehse hatte zur Anfrage gefügt: „Die Fraktion kündigt bereits jetzt an, sich die Beantragung der Akteneinsicht vorzubehalten.“ Der maschinenschriftlich von Bürgermeister Eric Weik gezeichneten Antwort liegt der Vertrag der Bauherren und des Entwurfsverfassers Rolf Kerschgen bei, das heißt

das Kapitel „Stellplatz-Nachweis“. Danach gehören zum „Gebäude mit Wohnungen“ 2, zu „Sonstige Wohnheime“ (14 Wohnungen) 5 (in Worten fünf) sowie zu den 3 Ladenlokalen 8 Stellplätze.

Dazu möchte Rehse noch wissen: „Wieso werden dort hinsichtlich des Stellplatzbedarfes „Wohnheime“ zur Anrechnung gebracht, obwohl auf dem Vermarktungsschild „16 seniorengerechte Mietwohnungen“ angepriesen werden? Dürfen deren Bewohner folglich kein Auto besitzen, bzw. wo stellen Sie es unter, wenn keine Stellplätze vorhanden sind?“

Die Erfahrung zeige, „dass immer mehr Senioren immer früher solche Wohnungen beziehen. Somit sind sie auch mobiler und führen in den meisten Fällen auch ein Kraftfahrzeug.“

„Warum setzt Stadt Abriss-Beschluss nicht um?“

Henning Rehse

Rehse hatte in der ersten Anfrage auf zwei Regelungen hingewiesen: die Landesbauordnung und ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts NRW, wonach 300 Meter Entfernung zu einem Stellplatz ausreichen.

Die Landesbauordnung (§ 51,3) sagt: „Stellplätze und Garagen sind auf dem Baugrundstück oder in der näheren Umgebung davon auf einem geeigneten Grundstück



Nur sieben Stellplätze für all die Wohnungen? Da möchte Henning Rehse nachhaken. Foto: Herbert Draheim

herzustellen, dessen Benutzung für diesen Zweck öffentlich-rechtlich gesichert ist.“ Rehse: „Was heißt „nähere Umgebung? Wie viele Meter sind das?“

Antwort: „Rund 300 Meter mögen einen groben Anhalt im Durchschnitt geben. Er kann jedoch nicht für alle Fälle bindend sein.“

Henning Rehse: „Die fußläufige Entfernung zwischen Taubengasse und Kreuzstraße beträgt, gemessen, 500 m und die Entfernung für Pkw, gemessen, 550 m. Die Rechtsprechung spricht von maximal 400 m fußläufiger Entfernung. Wie können also diese Stellplätze an der Kreuzstraße

überhaupt in die Berechnung einbezogen werden?“ Und wo befinden sich im Bereich Kreuzstraße (Videothek) die 14 Stellplätze“ (8 zu verlagernde und 6 für die Videothek vorzuhaltende)?

„Wie viele Stellplätze – über die 6 Plätze für die Videothek hinaus – müssen an der Kreuzstraße für Wohnungen und andere Nutzungen nachgewiesen werden?“

„Wo werden auf den Flurstücken 377 und 469 (Neubau Taubengasse) die 32 aufgeführten Stellplätze hergerichtet – bitte Plan vorlegen?“

„Wie viele von denen sind öffentlich zugänglich, sprich für die Besucher der Geschäft-

te und Bewohner erreichbar?“

Rehse weiter: „Vorbehaltlich der Richtigkeit vorgelegter Berechnung muss der Investor des Objekts Taubengasse mindestens 9 Stellplätze ablösen.“ Dieses Geld stehe somit für den Abriss des Hauses Taubengasse und Herichtung der Parkplätze zur Verfügung. „Warum setzt die Stadt somit den Ratsbeschluss auf Schaffung der Parkplätze in diesem Bereich nicht um?“

Abschließend weist die Fraktion darauf hin, dass sich diese Anfrage nicht gegen den Neubau bzw. den Investor richte. Es gehe nur um die Parkplatz-Situation in diesem Bereich

NRW lockert Spardruck auf Kommunen

GESETZENTWURF Städte sollen wieder mehr Schulden machen dürfen – Gemeinsamer Plan von Rot-Grün und FDP

VON GÜNTHER M. WIEDEMANN

Düsseldorf/Köln. Die Kommunen in NRW sollen künftig einem geringeren Spardruck unterliegen. Darauf läuft ein gemeinsamer Gesetzentwurf der rot-grünen Regierungsfractionen und der oppositionellen FDP hinaus. Er sieht vor, dass Städte und Gemeinden künftig zwei Jahre hintereinander nicht fünf, sondern zehn Prozent aus der Allgemeinen Rücklage nehmen dürfen, um den Haushalt auszugleichen. Unter Allgemeiner Rücklage versteht man das Kapital, mit dem die Vermögenswerte einer Stadt bemessen werden – also Schulen, Brücken, Straßen oder wertvolle Kunstwerke in Museen. In Köln beträgt es rund sechs Milliarden Euro. Das Geld liegt nicht auf einem Konto zum Abrufen bereit, sondern die Stadt hat nur das Recht, in diesem Umfang Geld aufzunehmen.

Sollte die Hürde von fünf auf zehn Prozent erhöht werden, gerieten Kommunen nicht so schnell in die Haushaltssicherung, bei der sie einen rigiden Sparkurs fahren müssen und von der Bezirksregierung kontrolliert werden.

Für den kommunalpolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfrakti-

on, Kai Abruszat, ist die Novelle „kein Freibrief für mehr Schulden“. Im Innenministerium heißt es jedoch, das Gesetz solle für „höhere Schwellen vor dem Haushaltssicherungskonzept“. Kommunen kämen seltener in eine solche Zwangslage. Auch SPD-Politiker weisen auf diesen Effekt hin, der vor allem für Städte im Ruhrgebiet von Bedeutung sei.

In Regierungskreisen heißt es, alle Grundsätze für sparsames Wirtschaften blieben gültig. Abruszat betont, Sinn des Gesetzes sei es, das Finanzmanagement der Kommunen zu verbessern.

Köln plant Selbstverpflichtung

Angesichts eines Haushaltsdefizits von 200 Millionen Euro hat Köln derzeit große Probleme, die Fünf-Prozent-Vorgabe zu erfüllen. Dennoch spricht sich SPD-Fraktionschef Martin Börschel dafür aus, in Köln freiwillig bei der Fünf-Prozent-Marke zu bleiben.

Der NRW-Gesetzentwurf ist fast identisch mit einem aus der vergangenen Legislaturperiode. Wegen der Neuwahl wurde er nicht verabschiedet. Wie sich die CDU dazu verhält, ist noch offen. Änderungsbedarf sieht auch sie.

► **Kommentar Seite 4**

Parteien schlagen Lockerung der Auflagen vor

Vergiftetes Geschenk

VON GÜNTHER M. WIEDEMANN

Was für eine verkehrte Welt: Deutsche Politiker fordern angesichts der Euro-Krise von Staaten in Südeuropa einen schmerzhaften Sparkurs, doch in NRW geht die Reise in eine andere Richtung. Die rot-grüne Landesregierung redet zwar inzwischen vom Sparen, ihr Haushaltsentwurf und die mittelfristige Finanzplanung sind hier aber viel zu wenig ambitioniert. Und jetzt sollen auch noch den Kommunen die Sparschrauben gelockert werden. Dieser Gesetzentwurf darf im Herbst den Landtag nicht so verlassen, wie er hineingekommen ist.

Höchst erstaunlich ist die Tatsache, dass die Liberalen hier gemeinsame Sache machen mit SPD und Grünen. Landeschef Christian Lindner hat die Finanzpolitik zum zentralen Feld der Auseinandersetzung mit der rot-grünen Landesregierung erklärt. Die FDP in

NRW setzt ihre mühsam zurückgewonnene Glaubwürdigkeit aufs Spiel, wenn sie es zulässt, dass Kommunen leichter ihr Vermögen verzehren können.

Keiner kann bestreiten, dass die Finanzlage der Kommunen äußerst schwierig ist. In vielen Städten und Gemeinden haben die Kämmerer schmerzhaft Ausgaben gestrichen. Dennoch darf der Spardruck nicht gelockert werden. Hilfe muss von anderer Seite kommen. Den Städten und Gemeinden sind in der Vergangenheit vielfach neue Aufgaben übertragen worden, aber die dafür notwendigen Finanzmittel haben ihnen Bund und Land nicht immer ausreichend mitgegeben. Erste Korrekturen sind erfolgt; künftig erstattet der Bund den Kommunen die Kosten für die Grundsicherung im Alter. Das muss auch für andere Bereiche so geregelt werden, etwa in der Behindertenpolitik.

SME01A/2

Kölner Stadt-Anzeiger

11.08.2012

KOMMENTAR

Bürgernähe wohl falsch verstanden

Die Freien Wähler und ihre Fraktionsvorsitzenden Werner Conrad und Henning Rehse haben mit ihrem Protestbrief an den Landrat in Sachen „Blitz-Marathon“ auf den ersten Blick mächtig Gas gegeben. Bei genauerem Hinsehen wird allerdings klar, dass sie dabei offenbar vergessen haben, das Navi einzuschalten. Nicht der angegriffene Kreis-Chef Tebroke saß beim „Blitz-Marathon“ am Steuer, sondern der NRW-Innenminister. Falscher Adressat also. Das allein wäre nicht so schlimm.

Indem sie jedoch Bürger in die Nähe von Denunzianten rücken, nur weil diese im Rahmen der Aktion „Wutpunkte“ für eine Tempokontrolle gemeldet hatten, haben die Freien Wähler den Geisterfahrer gegeben. Denn das Gegenteil ist richtig: Es haben nicht „Wutbürger“ brave Autofahrer denunziert, wie Rehse und Co. behaupten. Landauf, landab haben Bürger vielmehr erstmals Gelegenheit bekommen, auf Stellen hinzuweisen, die sie als gefährlich empfinden. Auf sie einzugehen und dort zu kontrollieren, ist bürgernah. Wer dort dagegen zu schnell fährt, ist kein „Abzocke-Opfer“, sondern ein Täter. Und dass sich mit jedem „Blitz-Marathon“ nachweislich mehr Autofahrer an die Regeln halten, ist doch ein schöner Erfolg. Wer das kleinredet und verzerrt, fährt politisch gegen die Wand.

peco

Freie Wähler kritisieren Blitz-Marathon

*BH
16.08.*

WERMELSKIRCHEN (tei.-/peco) Die Freien Wähler im Rheinisch-Bergischen Kreis, zu denen auch die WNKUWG im Kreistag gehört, sorgen für ein politisches Nachspiel des landesweiten „Blitz-Marathons“ der Polizei am 3. Juli. In einem offenen Brief an den Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke als obersten Dienstherrn der Polizei im Kreis kritisieren der Fraktionsvorsitzende Werner Conrad und sein Stellvertreter Henning Rehse die landesweite Aktion als eine „geschickt vermarktete Aktion unter dem Deckmäntelchen der Verkehrssicherheit, um die öffentlichen Kassen mit Geld der Autofahrer zu füllen“.

42 Raser in Wermelskirchen

Am 3. Juli hatten Polizisten landesweit an 2673 von den Bürgern gemeldeten „Wutpunkten“ Tempokontrollen durchgeführt. Im Kreis waren 336 Wutpunkte benannt worden, in Wermelskirchen allein 74. 3333 Fahrzeuge hatte die Polizei beim zweiten „Blitz-Marathon“ kontrolliert – 261 Fahrer hielten sich nichts ans Tempolimit. In Wermelskirchen stellten die Beamten 42 Geschwindigkeitsverstöße fest. Kontrolliert wurde zum Beispiel an

den drei Wutpunkten Pohlhauser-, Dhünner- und Telegrafstraße. Die höchste Geschwindigkeitsüberschreitung im Nordkreis stellte die Polizei in Wermelskirchen fest: Ein Autofahrer war 23 km/h zu schnell – er fuhr 53 statt der erlaubten 30 Stundenkilometer.

Der Vorwurf von Rehse und Co.: Mit dem Wutpunkt-Aufruf habe die Aktion jede Rationalität verlassen. Es gehe nicht um Gefahrenstellen im Straßenverkehr, es gehe um Befindlichkeiten, um „subjektives Sicherheitsgefühl“, so Rehse und Co. in ihrem Brief an den Landrat. Der Kreishauschef wird weiter kritisiert, warum im Kreisgebiet Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden, obwohl dort noch nie ein Unfall passiert sei, heißt es in dem Schreiben: Die Freien Wähler nennen zwei Standorte an der Landstraße 157 in Wermelskirchen – im Ortsteil Hoffnung und in Ostringhausen an der Auffahrt zur A 1.

Zudem fragen sie an, ob es korrekt sei, dass die Polizei ihre Messungen von Privatgrundstücken aus durchführten und abwickelten – so wird ein Beispiel von der Shell-Tankstelle in Hüngrer aufgeführt. Conrad und Rehse: „Wir sind nicht generell gegen Geschwindigkeitskontrollen. Wir sind aber dafür, diese zielführend an Unfallschwerpunkten losgelöst von Marketingaktionen durchzuführen.“

Landrat weist Kritik zurück

Der Landrat weist die Angriffe der Freien Wähler zurück. Birgit Bär, Sprecherin der Kreisverwaltung, erklärte, die Kritik am „Blitz-Marathon“ sei eindeutig politisch motiviert. „Dazu werden wir uns inhaltlich nicht äußern“, zumal das Ganze eine Aktion des NRW-Innenministeriums sei. Die Kreispolizeibehörde und der Landrat als ihr Chef seien zwar ausführendes Organ gewesen, hätten mit der Ausarbeitung aber gar nichts zu tun gehabt.

KOMMENTAR

Radverkehr: Rehse sieht ‚Merkwürdigkeiten‘

BH 25.08.

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Wird sich im Stadtrat eine Mehrheit finden, die entsprechenden Passagen zum gegenläufigen Radverkehr auf der Telegrafienstraße im 2003 beschlossenen Verkehrskonzept zu ändern – oder besser: zu streichen? Darauf arbeitet die WNKUWG-Fraktion hin. In einer Stellungnahme der Fraktion zu der gestern veröffentlichten Position der Stadtverwaltung zur Rückzahlung von Fördermitteln bei einem Verzicht des gegenläufigen Radverkehrs schreibt der Fraktionsvorsitzende Henning Rehse, dass er eine Mehrheit sucht

für ein „ganzheitliches Konzept der Führung des Radverkehrs durch die Innenstadt“ – dem Konzept sollen die Belange aller Verkehrsteilnehmer und alle Aspekte Rechnung tragen. Klar ist aber schon heute: Dann wird es keinen gegenläufigen Radverkehr auf der Telegrafienstraße geben.

In der Stellungnahme unterstellt Rehse „einigen Herren in Wermelskirchen“, der Bezirksregierung ihre Wünsche in die Feder zu diktieren – und bezieht sich damit auf die gestrige Veröffentlichung der Stadtverwaltung, in der es hieß, dass die Be-

zirksregierung als Bewilligungsbehörde für Städtebaufördermittel den Verzicht auf den gegenläufigen Radverkehr als förderschädlich bezeichnet. Der Kommunalpolitiker will einige „Merkwürdigkeiten“ entdeckt haben, auf die es bisher keine Antworten gebe. So sei der Umbau der Telegrafien- und Kölner Straße seit Jahren fertiggestellt und bis Mitte 2011 wurde in keiner der Straße gegenläufiger Radverkehr eingeführt. 2010 habe die Bezirksregierung die Verwendung der Gelder für den Innenstadtausbau geprüft – für Beanstandungen habe

die Stadt laut Rehse bereits 250 000 Euro zurückzahlen müssen. „Aber nicht für den bis dato fehlenden gegenläufigen Radverkehr.“

Warum aber falle das jetzt der Bezirksregierung auf?, fragte Rehse. „Hat da einer gepetzt?“ Er geht davon aus, denn ihm gegenüber schreibt die Behörde von „gegenwärtigen Anfragen und Eingaben“.

Rehse zeigt sich recht zuversichtlich über eine mögliche Aufhebung des gegenläufigen Radverkehrs: „Mal schauen, ob die Bezirksregierung wirklich noch Rückforderungen stellt.“

Windparks auf dem Vormarsch

Auf der Stadtgrenze zu Solingen ist ein **Windpark** südlich der **Sengbach-Talsperre** im Gespräch. Fürs Stadtgebiet sind indes keine Vorrangflächen ausgewiesen – trotz der 2010 ausgerufenen „**lokalen Energiewende**“.

BH

31.08.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Der Bau von Windparks ist nicht nur für die deutsche Nord- und Ostseeküste ein ständiges, mitunter heikles Thema – die Energiewende hat inzwischen auch das Bergische erreicht. So plant die Nachbarstadt Solingen, auf einem Areal südlich der Sengbach-Talsperre sogenannte Potenzialflächen für bis zu 150 Meter hohe Windkraftträder auszuweisen. Der Technische Beigeordnete der Stadt Wermelskirchen, Dr. André Benedict Prusa, hat davon auch gehört. „Wir als Stadt müssen gehört werden, sind aber noch nicht beteiligt worden.“

Windkraftträder in Wermelskirchen sind seit jeher ein heikles Thema. 2001 lagen plötzlich drei Bauvoranfragen auf dem Tisch des zuständigen Dezernenten. Buchholzen und Durholzen hatten Investoren auserkoren, um dort Windräder zu bauen. Schnell gründete sich die „IG Windstille“, die gegen den Bau kämpfte. Nach eineinhalb Jahren gaben die Investoren auf – damalige Verwaltungsgerichtsurteile legten Abstandsflächen fest, die nicht einzuhalten waren.

2010 riefen die Bürgermeister der Städte Wermelskirchen, Hückeswagen und Wipperfurth, vereint in der BEW, die „lokale Energiewende“ aus. 24 Standorte wurden untersucht, keine der Flächen eignet sich in Wermelskirchen als Vorrangfläche für Windparks. Dann kam Fukushima im März 2011 – und die politische Energiewende.

Klimaschutzkonzept

Seither überschlagen sich die politischen Instanzen. Der Kreis hat die Kommunen gebeten, gemeinsam ein Klimaschutzkonzept zu erstellen, verbunden auch mit der Ausweisung von Vorrangflächen für Windräder. Der Oberbergische Kreis sichert inzwischen Windda-

ten mit Unterstützung von privaten Büros. Laut Dr. Prusa seien die auch in Rhein-Berg unterwegs. „Wir müssen uns aber als Stadt fragen, wie seriös diese Daten sind.“ Letztlich wurde dann die Kreisinitiative überholt von der Landesregierung – die will eine landesweite Windparkanalyse erarbeiten. „Der Vorteil: Es kommen keine Kosten auf uns zu.“

Die Ergebnisse werden mit der Regionalplanung abgestimmt und müssten dann in den örtlichen Flächennutzungsplan als „Windradkonzentrationsfläche“ aufgenommen werden. „Das kann aber noch einige Jahre dauern“, so Dr. Prusa. In Wermelskirchen gibt es derzeit keine Anfrage für den Bau von Windrädern. „Das müsste als Ein-



Alle wollen Strom aus **erneuerbarer Energie** nutzen – aber niemand will das Windrad im Garten stehen haben.
BM-ARCHIVFOTO: WOITSCHÜTZKE

INFO

Versammlung

Thema Auf einer Bürgerversammlung der „Bürgergemeinschaft für Solingen“ wird über die mögliche Ausweisung zweier Flächen – südlich der Sengbach-Talsperre wie auch in Sichtweite von Schloss Burg – informiert und diskutiert.

Wann Mittwoch, 5. September

Wo Hotel-Restaurant „Laber, Oberburg, Wermelskirchener Straße 19

Uhrzeit 19 Uhr

zelfall betrachtet und entschieden werden“, so Dr. Prusa. Die Gesetzgebung sei sehr streng dabei. „Es gibt keine weißen Flecken auf unserer Stadtkarte, wo die Anlagen stehen könnten.“

Unklar ist bislang, wie weit Rot-Grün mit der Genehmigung von Windrädern in Wäldern gehen wird. Denn: Stadtflächen mit mehr als 15 Prozent Waldanteil könnten im Wald bauen. „Wo bleibt aber dann die Gesamtbilanz? Wir vernichten Wald als Klimaregulator für erneuerbare Energie – das bringt nichts“, meint Dr. Prusa.

Wertschöpfung nutzen

Die Freien Wähler im Kreistag fordern jetzt den Landrat auf, Vorrangflächen auszuweisen. Sie sehen nicht nur den ökologischen Nutzen, so Jan Paas (WKNUG) als Mitglied im Zukunftsausschuss des Kreises und Mitunterzeichner des Antrages, sondern drängen auch auf Wertschöpfungsmöglichkeit von Anlagen. „Wir sprechen uns dafür aus, dass lokalen Eingriffen in die Landschaft ein möglichst hoher lokaler Nutzen gegenübersteht“, so Paas. Die Freien Wähler rechnen mit mindestens 90 000 Euro an Gewerbesteuern für eine Windenergie-Anlage.

FRAGE DES TAGES